BREMISCHE BÜRGERSCHAFT **Drucksache 15 / 610 S**
Stadtbürgerschaft 20. 08. 02
15. Wahlperiode

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Klasse statt Masse in der Gewerbeflächenpolitik

Im Juli 2002 hat der Senat das Integrierte Flächenprogramm (IFP) 2010 beschlossen. Danach sollen mittels elf Schwerpunktvorhaben und zehn weiteren Projekten jährlich 50 Hektar Gewerbefläche neu erschlossen und 100 Hektar auf Vorrat gehalten werden. Damit soll eine nachweisbar gescheiterte Flächenverbrauchspolitik fortgesetzt werden.

Die Bilanz der Ansiedelungspolitik der letzten Jahre fällt für den Senat schlecht aus. Flächenbereitstellung wie im Büropark Oberneuland oder im Industriepark West blieben ohne den prognostizierten Erfolg. Ohne eine detaillierte Evaluation der bisherigen Gewerbeflächenpolitik vorgelegt zu haben, soll im IFP 2010 allein mit den elf Schwerpunktprojekten die gigantische Fläche von 1328 Hektar Bruttogewerbefläche entwickelt werden. Hunderte von Hektar wertvolle Grünflächen sollen vernichtet werden – dieses Vorgehen widerspricht den grundlegenden Zielen einer zukunftsfähigen Stadtentwicklung. Der beabsichtigte expansive Flächen- und Ressourcenverbrauch im IFP 2010 ist angesichts der zurückgehenden Bevölkerungszahlen weder ökonomisch tragfähig, noch ökologisch verantwortbar. Gewerbeflächen auf der Grünen Wiese mit neuer Infrastruktur, die auf Jahrzehnte unterhalten werden muss, sind langfristig viel zu teuer. Wertvolle Lebensräume für Tiere und Pflanzen, Retentionsräume für die Aufnahme von zunehmenden Wassermengen und wichtige Naherholungsgebiete für die Bremer Bevölkerung dürfen nicht leichtfertig zerstört werden.

Eine verantwortungsvolle Gewerbeflächenpolitik erfordert eine grundlegende Neuorientierung. Sparsamkeit und Qualität hinsichtlich der Flächenerschließung und Nutzung sind das Gebot der Zukunft. Klimaveränderung und Hochwasserschutz erfordern es, die zunehmende Versiegelung zu beenden.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, das Integrierte Flächenprogramm 2010 mit folgenden Zielen zu überarbeiten:

1. Der Flächenbereitstellung im Bestand muss absoluter Vorrang eingeräumt werden, daher ist bei folgenden Projekten des IFP 2010 umzusteuern:

   - die Westerweiterung Technologiepark und Planungen des Technologiestadtteils müssen gestoppt werden. Das Hollerland soll auch durch die Anmeldung als FFH-Gebiet endgültig als Naturschutzgebiet gesichert werden, stattdessen ist durch Nachverdichtung und Entwicklung der Flächen im Südosten der Bahnlinie der Technologiepark bedarfsorientiert zu erweitern,
   - auf die gewerbliche Nutzung der Arberger und Mahndorfer Marsch ist zu verzichten,
   - für die Hafenrevier-Areale ist eine hochwertige Nutzung zu entwickeln,
   - die Gewerbefläche „Bremer Industriepark“ ist aktiv aufzuwerten und zu bewerben.

2. Die finanzielle und personelle Unterstützung der Projekte ist so zu ändern, dass eine Förderung von Altstandorten, Brachen und Flächen im Bestand vorrangig betrieben wird.

3. Einer verdichteten Bebauung Vorrang zu geben, ein langes Brachliegen der Flächen und eine Vorratshaltung der Unternehmen zu begrenzen.

4. Die Kooperation mit den niedersächsischen Nachbargemeinden nicht zu gefährden durch voreilige Beschlüsse wie z. B. zum Einzelhandelsstandort Ritterhuder Heerstraße.

5. Jährlich ist eine detaillierte Flächenbilanz vorzulegen, die folgende Daten enthält:

   - die jährlichen Flächenvergaben und Verkäufe von Gewerbeflächen nach Lage, Art, Größe und erzielten Flächenpreisen,
   - Branche des Investors,
   - Neuansiedlungen, innerörtliche Verlagerungen, Erweiterung und Ansiedlung aus anderen Gemeinden,
   - die Kosten der Neuerschließung (Flächenerwerb, Zinsen, Planung, Infrastrukturkosten, Ausgleichsmaßnahmen, Unterhaltungskosten), Sanierung und Nachverdichtung von Flächen,
   - jeweils die Zahlen der neu geschaffenen und gesicherten Arbeitsplätze,
   - generell die Arbeitsplatzdichte pro ha auf die einzelnen Branchen verteilt, jede Angabe zu den Arbeitsplätzen ist zu differenzieren nach Vollzeit-, Teilzeitarbeitsplätzen und geringfügiger Beschäftigung,
   - Bestandsentwicklung der geplanten und verfügbaren Flächen.

Karin Krusche, Dr. Karin Mathes, Dr. Helga Trüpel,
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Druck: Hans Krohn · Bremen